

Bezugspreis:
 Ausgabe A mit illustriertem Unterhaltungsbeilage und relig. Wochenbeilage Freitagabend. Ausgabe B nur mit der Wochenbeilage.

Ausgabe A vierzehntäglich 2.50 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 2.-4. In Österreich 3.50 K.
 Ausgabe B vierzehntäglich 2.50 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 2.-4. In Österreich 3.50 K.
 Einzel-Rumpf 10 M.
 Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochenenden nachmittags.

Sächsische Volkszeitung

Einzige katholische Tageszeitung in Sachsen.

Organ der Zentrumspartei.

Ausgabe A mit illustrierter Unterhaltungsbeilage und relig. Wochenbeilage Freitagabend. Ausgabe B nur mit der Wochenbeilage.

Geschäftsstelle und Redaktion
Dresden, H. 16, Holbeinstraße 46

Berndprecher 21366
Postcheckkonto Leipzig Nr. 14797

Anzeigen:

Abnahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr,
von Familienanzeigen bis 11 Uhr ab.
Preis für die Velt-Spaltseite 25 M. im Rechteck
meist 100 M. Familien-Anzeigen 20 M.
Für unedel geschriebene Anzeigen können wir die
Verantwortlichkeit für die Richtigkeit bei Regress
nicht übernehmen.

Sperrstunde der Redaktion:

11-12 Uhr vorm.

Herr Ministerpräsident!

Generalstreik und Bürgerstreik in Leipzig, Streik in Wurzen, Chemnitz und Döbeln, Spartakistenherrschaft in Plauen. Wer weiß, was die nächsten Tage bringen. Verhaftungen von Bürgermeister und Amtshauptmann in Leipzig, gewaltsames Umher schleppen eines Stadtrates unter Ihren Augen in Dresden. Vergewaltigung der Majorität des sächsischen Volkes durch eine Minderheit. Der Bolschewismus ist nun auch bei uns ausgebrochen. Vielleicht bringt schon der morgige Tag Nachrichten von Blümlungen in Leipzig. Herr Dr. Grädauer, Sie wissen das alles ganz genau, und was tun Sie? Das sächsische Volk ist nicht bolschewistisch gesinnt, es sehnt sich nach Ruhe und Ordnung, es verlangt, dass derartige Zustände von seinen Grenzen ferngehalten werden. Es fordert dringend, dass seine Regierung ihm den Weg weist, wie dieses Ziel erreicht werden kann. Sie haben durch die Revolution die Macht in die Hand bekommen. Sie haben verlangt, dass zum Wohle des Landes sich alle gutgesinnten Elemente hinter Ihr Ministerium stellen sollten. Das ist geschehen. Nicht einen Tag hätten Sie regieren können, wenn nicht die gesamte Bevölkerung unter Zurückstellung jedes persönlichen Gefühls im Interesse des Landes im Amt geblieben wäre. Was wäre erfolgt, wenn nicht das gesamte Offizierkorps, obwohl in seiner erdrückenden Mehrheit königstreu, sich mit einer Selbstverlängerung, die seinesgleichen sucht, trotz aller Bestimpfungen, Verleumdungen und tatsächlichen Misshandlungen, bei der Truppe gehalten wäre und die Millionenarmee zurückgeleitet hätte? Was wäre erfolgt, wenn Hindenburg der Revolutionsregierung die Gefolgschaft verweigert hätte?

Die Antwort darauf wissen Sie selbst. Sie haben mit Hilfe der vaterländisch gesinnten Arbeiter und Bürger bis heute die Staatsleitung einigermaßen führen können. Heute verlangt aber die Stunde mehr von Ihnen. Heute verlangt sie, dass Sie auch mit Einsicht Ihrer ganzen Persönlichkeit, ja, unter Nichtachtung jeder Lebensgefahr die wirkliche Führung in die Hand nehmen. Staatslenker sein, ist eben doch etwas anderes als Parteiführer sein. Sie tragen eine schwere Verantwortung vor Gott und dem Vaterlande, und wenn Sie nicht an Gott glauben, vor Ihrem eigenen Gewissen. Sie tragen aber auch eine schwere Verantwortung vor der Partei, die Sie zum Führer erwählt hat. Sie wissen es genau, dass Bolschewismus der Tod des Sozialismus ist, weil er der Tod für jedes wirtschaftliche und kulturelle Leben bedeutet. Was wir heute aber noch immerhin in den Anfängen in Sachsen sehen, ist Bolschewismus. Der Führer der Unabhängigen, wenn man ihnen auch noch soviel Idealismus zubilligen will, treiben ein entsetzlich frivoles Spiel mit dem Volk. Kommen sie zur Herrschaft, so wird sie nicht lange dauern, dann kommt Spartakus und mit ihm die Russen. Ich brauche Ihnen die weitere Entwicklung nicht auszumalen. Was aber tun Sie dagegen?

Sagen Sie nicht, dass Sie machtlos sind. Es bedarf nur eines Aufruhrs, eines Appelles an die gemäßigten und gut gesinnten Elemente aller Kreise. Arbeiter, Bauern, Bürger, Beamten und Offiziere aller Grade, alle würden Sie hinter sich haben, wenn Sie das erlösende Wort sprechen würden. Ein Aufruhr zur Bildung einer freiwilligen Volksmehrheit gegen den Bolschewismus, zur Erhaltung gelegtmäßiger Zustände, zur Stützung der lebigen Regierung und zur Durchführung der Beschlüsse der Volkskammer genügt, um in einer Woche eine zuverlässige Truppenmacht von 30 000 Mann in Sachsen auf die Beine zu bringen. Ebenso könnte in jeder Stadt eine freiwillige Polizei gebildet werden, die unter Führung von erfahrenen Offizieren im Notfalle aus den Plan tritt. Wenden Sie sich nur an die Berufssorganisationen, Vereine, Gewerkschaften usw. Ein vaterländischer Appell würde Wunder wirken. Als zweiter notwendiger Schlag wäre die sofortige Auflösung der Armee und deren eventuelle Übersetzung in die Volksmehrheit, die mir provisorisch für ein halbes Jahr errichtet wird. Aber dazu gehört ein gewisser Mut und eine Entschlusskraft. Wenn das Vaterland in Not ist, gibt es keine Rückläufe auf Parteidonderinteressen. Bis heute ist die Spartakusbewegung besonders in Ost Sachsen klein. Wendet man Energie an zu ihrer Bekämpfung, so verschwindet sie im Nu.

Bis heute hat aber diese Energie gemangelt, stets haben Ihre Parteidreunde, die in den übrigen deutschen Staaten die Ministerposten bekleideten und bekleiden, es bis zum äußersten kommen lassen. Muß nicht Spartakus glauben, dass Sie und Ihre Partei ihnen immer noch eine gewisse Sympathie entgegenbringen. Das freiste Wahlrecht der Welt hat ergeben, dass das sächsische Volk in seiner Mehrheit sowohl für die Ideen der Unabhängigen wie der Sparta-

sisten keinerlei Verständnis hat und ihre Durchführung ablehnt. Sie sind vor dem Volke verpflichtet, diesem Volkswillen Gehör und Achtung zu verschaffen. Es geht auch um Ihren Kopf und Kragen, wie um das Bestehen Ihrer Partei. Sie sollten auf das kindliche Gewöhn und blöde Gedächtnis der Reaktion und Gegenrevolution doch wenig geben, Sie, der Sie jetzt besser beurteilen können, welches Maß von Selbstverlängerung und Vaterlandsliebe die nichtsozialistischen Volksgenossen aufbringen. Sie wissen genau, dass es der berühmte Diebesrat ist "Halten den Dieb!"

Aber wir verlangen mehr von Ihnen, als ein trübsinniges Saaraufen und mit Grabestimme vorgetragenen "Es brennt uns der Boden unter den Füßen" Ihres Kollegen Harnisch. Zeigen Sie, dass Sie wirklicher Ministerpräsident sind. Ein Mann der Tat und nicht der Phrasen. Ein Mann, der weiß, was Verantwortung bedeutet und auch den Mut des Einzelns seiner Persönlichkeit hat, aus Vaterlandsliebe. Zeigen Sie, dass Sie, was Mut anbetrifft, nicht hinter den soviel gelösteren Offizieren stehen, von denen Sie ja wissen werden, dass ihnen das Leben nichts galt, wenn es sich um Pflichterfüllung und Vaterlandswohl handelte. Auch für Sie, Herr Ministerpräsident gilt der Satz: "Der Sieb ist die beste Parade." D. v. W.

Aus der Nationalversammlung.

Sitzungsbericht.

Präsident Lehrenkow eröffnet die Sitzung nach 3/4 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen zunächst folgende Anfragen:

Abg. Dr. Kah (Deutsche Volksp.) fragt, welche Schritte die Reichsregierung unternommen hat, um die sofortige Befreiung der vom Feinde verunreinigten Deutschen zu bewirken, die während des Krieges in den besetzten Gebieten Belgiens und Nordfrankreichs Industriematerial angekauft haben. Eine Regierungskommission erwiderte, dass die Waffenstillstandscommission noch einmal um eine unparteiische Prüfung der Frage erucht hat. Sollte dieser Wunsche nicht entsprochen werden, so müsse erneut gegen die flagrante Verletzung des Waffenstillstandsvertrages Protest eingelegt werden.

Die Abg. Künstadt u. Gen. (Deutschnat. Volksp.) fragen nach den Maßnahmen der Regierung gegen den herrschenden Papiermangel. Reichswirtschaftsminister Wissel: Das Reichswirtschaftsministerium bedauert, dass es der Tagesspresse infolge des Papiermangels nicht möglich ist, ihre gerade jetzt besonders bedeutsame Aufgabe zu erfüllen. Der Mangel beruht auf der Streitbewegung und auf den Schwierigkeiten der sozialen Versorgung und des Transportwesens.

Hierauf wird die Beratung der Verfassung fortgesetzt.

Abg. Henke (Unabh.): Der vorliegende Verfassungsentwurf enthält wesentliche Verfehlungen gegenüber dem ursprünglichen. Beispielsweise dadurch, dass Verfassungen bewaffneter Massen nicht erlaubt sind. Der kapitalistische Charakter der Verfassung zeigt sich darin, dass Enteignungen nur gegen Entschädigung zulässig sein sollen. Die heutige soviel gepriesene Demokratie ist eine Demokratie der Minderheit der besitzenden Klassen, eine Demokratie der Reichen. Auch der neue Reichstag wird ein Parlament sein, in dem viel geredet und nichts vollzogen wird. Das ist ja auch in den Augen der Arbeiter der Mangel an diesem Nationalversammlungsparlament, dass soviel geredet wird, dass ihm aber die Vollzugsgewalt fehlt. Das Roteystem allein kann wirklich helfen. Es bedeutet das Ende des Parlamentarismus. Die Verfassung wird ein Stützwerk bleiben, aber schnell überholt werden durch eine Entwicklung, die sehr schnell den neuen Formen ihren Platz einräumen wird.

Abg. Dr. Stresemann (Deutsche Volksp.): Der Herr Reichsminister hat die Frage aufgeworfen, ob die glänzende Entwicklung Deutschlands sich nicht vollzogen habe wegen, sondern trotz der alten Verfassung. Ich glaube nicht, dass Sie diesen Satz ernstlich aufrechterhalten können. Was sich in Deutschland nach der Begründung des Reiches entwickelt hat in kultureller, wirtschaftlicher und politischer Beziehung, das können Sie gar nicht trennen von derjenigen Politik, die ausmündet in die Einheit des Reiches und der Bismarck seinen Namen gegeben hat. Angesichts der Reden, die von den Abg. Blüher und Heinze zu diesem Verfassungsentwurf gehalten worden sind, ist der Vorwurf, dass von unserer Seite hier eine verantwortungslose Opposition getrieben würde, selbst verantwortungslos. Preußen ist heute ebenso eine demokratische Republik wie irgendein anderer Staat in Deutschland. Gewiß war Preußens Politik rücksichtslos und man hätte sein Wahlrecht nicht erst im

Kriege, sondern längst vor dem Kriege ändern müssen. Es bleibt nichts anderes übrig, als die Aufrüttelung der Bundesstaaten, denen man dann aber auch die Möglichkeit zur Entfaltung ihrer Eigenart geben muss. Für die Lösungsbestrebungen gilt das Wort: Widerstehe den Antagonisten! Man lasse Preußen wie es ist, seine Hegemonie ist nicht mehr vorhanden. Was für die Rheinrepublik gilt, gilt erst recht für Niedersachsen. Hannover hat durch den Anschluss an das lebensstarke Preußen auch sehr viel gewonnen. Man sollte nicht immer von dem alten Deutschland sprechen, als wenn es der Hort alles Unheils gewesen wäre. Gegenüber dem kommenden Völkerbund können wir keinen vertrauliches Idealismus haben. Er ist ja eigentlich nur ein Staatenbund, nichts anderes als die heilige Allianz in neuer Form. Nicht Staaten, sondern internationale Organisationen müssen die Träger eines Völkerbundes sein. Ich verweise in der Verfassung eine Bestimmung zum Schutz der Deutschen im Ausland. Das Ausländer-Deutschland muss gerade in der Zukunft gehärtet werden, da in den nächsten Jahren viele Deutsche verlassen müssen. In Osteuropa haben die Deutschen in den wenigen Wochen Schlimmeres leiden müssen als die Elsässer in all den 50 Jahren unter deutscher Herrschaft. Ebenso ist es mit den Unterdrückungen in Polen. Das parlamentarische System wechsle ich ja, dass der politische Leiter der Leiter eines Stoffs ist, die Unterstaatssekretäre aber müssen wie in England die ruhenden Pole in der Erziehungslinie fließen. Der Gedanke einer sozialen Parlamentarisierung, den der Abg. Schücking angeregt hat, scheint mir durchaus eindrücklich. Die Vorstufe zu einem sozialen Parlament ist vielleicht die Arbeitsgemeinschaft zwischen Großindustrie und Gewerkschaften. Betriebsräte könnten ein Zusammensetzen in einem sozialen Parlament nur zertrümmern.

Reichsminister Dr. David: Die Hohenzollern hatten vielleicht im Osten Preußens eine starke Anhängerchaft, im Westen schon weniger, und im übrigen Deutschland möchte ich den sehen, der die Volksabstimmung für die Wiedereinführung der Hohenzollern gewinnt. (Rufe rechts: Abwarten!) Der Reichstag aber war kein vollwertiges, sondern nur ein Scheinparlament. Ich freue mich, dass in der Nationalversammlung im großen und ganzen ein Zug zu einer möglichst weitgehenden Vereinheitlichung und einer möglichst starken Zentralgewalt des Reiches zum Ausdruck gekommen ist. Der Staatsmann, der die Arbeiterbewegung so gründlich verkannte, dass er glaubte, mit den brutalen Machtmitteln des Ausnahmegeistes ihr das Leben leicht ausblasen zu können, jagte Millionen in die Staatsfeindshaft hinein. Nun ist der Stein, den die Baulente verborgen hatten, zum Erscheinen geworden, denn auf der Arbeiterdemokratie ruht der starke Zusammenhalt des Reiches und sie wird ihn tragen. Dazu ist allerdings nötig, dass neben der politischen Demokratie nun auch die wirtschaftliche Demokratie ihren Einzug hält. So wenig das Christentum etwas taugt, das aus Kanonenkästen gepredigt wird, so wenig taugt der Sozialismus, der den Menschen mit Maschinengewehren aufzuzwingen wird. Hier hat das deutsche Volk eine nationale Weltmission zu erfüllen und sich selbst zu heilen und anderen Völkern zum Vorbild zu dienen. Die Lösung der Aufgabe wird uns ungeheuerlich erschwert durch die Vorgänge draußen, die wiederum auf das Schuldlokal des Herrn Henke und seiner Freunde zu sehen sind.

Damit schließt die erste Begehung der Verfassungsvorlage, die an einen Ausschuss von 28 Mitgliedern verweisen wird.

Der Ausschuss für den Verfassungsentwurf.

Weimar, 4. März. Der Ausschuss der Nationalversammlung zur Vorberatung des Verfassungsentwurfes setzt sich aus 28 Mitgliedern zusammen, und zwar aus 11 Sozialdemokraten, 6 Zentrumabgeordneten, 5 Abgeordneten der Demokratischen Volkspartei, 3 Deutschnationalen, 2 Abgeordneten von der Deutschen Volkspartei und einem Unabhängigen. Der Ausschuss konstituierte sich unmittelbar nach der heutigen Sitzung.

Ernährungsfragen in der sächsischen Volkskammer.

Dresden, 4. März.

Auf der Tagesordnung standen die beiden Interpellationen der Abg. Blüher und Heinze zu diesem Verfassungsentwurf gehalten worden sind, ist der Vorwurf, dass von unserer Seite hier eine verantwortungslose Opposition getrieben würde, selbst verantwortungslos. Preußen ist

heute ebenso eine demokratische Republik wie irgendein anderer Staat in Deutschland. Gewiß war Preußens Politik rücksichtslos und man hätte sein Wahlrecht nicht erst im